

Presstext / Pressekonferenz am 14.8.2025, BRUX

Menschen kann man nicht kürzen. Gemeinsam -15%!

Am Hohen Frauentag werden in Tirol traditionell Menschen ausgezeichnet, die sich besonders für die Gemeinschaft und den Schutz anderer eingesetzt haben. Zugleich trifft morgen die Landesregierung zusammen, um über Kürzungen im Sozialbereich zu sprechen. Das spießt sich.

Für das Doppelbudget 2026/27 wurden **massive Kürzungen von -15%** im Ermessensbereich der Sozialausgaben angekündigt. Auch bei gesetzlich verankerten Leistungen soll es Einschnitte geben. Die Organisationen, die im Auftrag des Landes Unterstützung, Beratung und schnelle Hilfe für Menschen in ganz Tirol anbieten, schlagen Alarm. **Der angeordnete „Sparkurs“ von LH Anton Mattle trifft genau jene, die ohnehin nicht viel haben** und auf Unterstützung angewiesen sind: arme und armutsgefährdete Familien, Menschen in existenziellen Notlagen, Kranke, alte Menschen, Geflüchtete, Frauen mit Gewalterfahrungen, Menschen mit Behinderungen, Wohnungslose, Kinder, Jugendliche und viele mehr.

Thomas Wegmayr (Bündnis gegen Armut und Wohnungsnot): „Hier zu kürzen ist gefährlich. Es geht um die Existenz, Teilhabe und Perspektive für zig-tausende Menschen in Tirol. **Eine Zahl am Papier kann man vielleicht schnell kürzen. Aber Menschen lassen sich nicht einfach wegekürzen.** Die Menschen und ihre Probleme bleiben.“ Wenn die Kürzungen so kommen, werden **Angebote massiv eingeschränkt** oder schließen müssen, Beratungen werden reduziert, Wartelisten werden explodieren und vor allem Menschen in ihren Notlagen und Bedarfen allein gelassen [weiter Beispiele s. Infoblätter in den PK-Unterlagen]. Die Organisationen arbeiten bereits seit Jahren finanziell am unteren Limit, und das bei ständig steigendem Bedarf.

Einsparungen werden die Kürzungen keine bringen, sind sich die Expert*innen am Podium einig: Die Kosten verlagern sich in andere Bereiche, die Folgekosten werden steigen, Armut wird mehr und sichtbarer werden. Auch für den Arbeitsmarkt, die Wirtschaftsleistung, den Tourismus und mehr bringt das Nachteile. Es ist die Verantwortung der Tiroler Landesregierung, dass das nicht passiert.

Die Forderung an LH Anton Mattle und die gesamte Landesregierung lautet daher: Der **Bereich Soziales muss von den Kürzungen ausgenommen werden**. Es darf am Rücken jener, die besonders auf Unterstützung angewiesen sind, kein Gegeneinander geben. Es geht darum gemeinsam an einer guten Zukunft für ALLE in Tirol zu arbeiten - gerne steht man für einen Dialog zur Verfügung.